

Das Fleischergewerbe hatte zwei Prominente geschickt. Sie hatten beide kein Normalverbraucher-Gesicht, aber sie wußten eindrucksvoll von der Berufsnot der Schlachter zu berichten. Niedersachsen sei noch immer eine Hochburg der Wurstmacherei. Und es liege nun wirklich nicht nur an dem „bösen Onkel Pflaumenbaum“, wenn die Wurst schlechter und weniger geworden sei. Das Zentralamt in Hamburg, das weit vom Schuß war, mußte demzufolge wieder den Hauptteil der Schläge einstecken. Nach den Ausführungen der beiden Meister wunderten sich alle Journalisten, daß es noch Schlachter gibt, die solch elendes Rindvieh unter solch selbstmörderischen Bedingungen (Gewichtsverluste und acht Prozent Fettabgabe) überhaupt annehmen.

Der Fall des Schlachters Wilhelm Meyer aus Hannover wurde aufgetischt. Er hatte bei einer Bestandsaufnahme 19 000 Kilogramm, aber diesmal nicht „über“, son-

in diesem Zugeständnis eine Aufforderung zur Unmoral. Er mußte sich belehren lassen, daß viele Bezugscheine erst nach und nach einträfen.

Herr Riechers von der Landesprüfstelle führte bittere Klage. Weniger über die Schlachter als über die sonstigen Kleinverteiler, von denen viele im Zeitraum eines Jahres Kontingente von vier bis zehn Wochen verwirtschaftet hätten. Da aber sprang der Vertreter der Kleinverteiler auf: Er hätte schon immer darauf hingewiesen, daß eine Schwundzugabe von 0,2 Prozent vollkommen unzureichend sei. 2,6 Prozent sei schon lange als Mindestsatz errechnet. Schuld hatten das Zentralamt und die Engländer.

Der frühere Obermeister Franz Brandt sagte allen Beteiligten temperamentvoll seine Meinung und hielt den „Korpus delikti“ in Form einer Reichsnährstands-Anweisung dauernd in der Hand. Sonst fiel das Stichwort „Reichsnährstand“ nicht.

## Menschenversuch aufs Exempel

### Himmlers Arzt bittet um Gasbrand

Im Nürnberger Prozeß gegen dreißig Aerzte und Wissenschaftler fiel die Frage: „Wenn die Experimente in den Konzentrationslagern so durchgeführt worden wären, wie sie hier im Gericht beschrieben worden sind, würden Sie es als verbrecherisch ansehen, diese Art Versuche an Nichtfreiwilligen ausführen zu lassen?“ Die Antwort ließ nicht auf sich warten: „Wenn der Staat es legalisiert hat, sicher nicht.“

Der Frager war der amerikanische Ankläger McHaney, die Antwort gab Prof. Dr. Karl Gebhardt, ein Jugendfreund Himmlers. Er gab sie anmaßend und kalt.

Sein Vater war der Hausarzt von Himmlers Vater in München, der seinerseits Gebhardts Schullektor war.

„Himmler war in keiner Weise originell, wohl aber sehr nachahmungsbeflissen“, stellte Gebhardt, ununterbrochen Kaugummi kauend, fest. Die SS sei nicht von Himmler erfunden, sondern als eine Art „Plagiat der Ordensgründungen“ zu betrachten. Als charakteristisch für Himmler stellte er die — wie er sie immer genannt habe — „stabile Halbbildung dieses Mannes“ heraus.

„Jede Revolutionszeit hat ihren typischen zweiten Mann. Aus seiner ganzen Ordensgründer-Einstellung heraus war Himmler der Auffassung, daß er ein Ordensgeneral sei, der nur einen Blickpunkt habe: Adolf Hitler.“

Der 50jährige untersetzte Mann mit dem Offiziersrock und dem kurzen Haarschnitt tritt betont korrekt an das Mikrofon, er macht seine Aussagen selbstsicher und apodiktisch. Hinter der dunklen Hornbrille lassen sich die kurzsichtigen Augen nur vermuten, der energische Mund mildert den Eindruck der Vierschrötigkeit in etwa, der auch von dem quadratischen Gesicht ausgeht.

Von sich selbst sagte Prof. Gebhardt spöttisch, daß er sich nie politisch betätigt habe. Schon auf dem Münchner Marsch zur Feldherrnhalle 1923 will er, wie später auch bei Himmler, lediglich „begleitender Arzt“ gewesen sein. Der staunende Gerichtshof erfuhr, daß Prof. Gebhardt damals auch die Verwundeten „der Gegenseite“ betreut habe.

In die Partei sei er erst nach der Machtübernahme eingetreten, „weil jeder ordentliche Professor Parteimitglied sein mußte“. Er sei nicht etwa durch Himmler etwas geworden. „Der Chef in Hohenlychen“) war mehr als ein SS-Gruppenführer“. Als späterer Arzt (nicht etwa Leibarzt) Himmlers habe er lediglich die Tradition seiner Familie fortgesetzt.

Seine Verantwortung für die Menschenversuche gibt Gebhardt nur bedingt zu, da er sich immer wieder an Himmler gewandt und auf schärfste Siebung der an den Experimenten beteiligten Aerzte gedrungen habe.

Himmler habe in seinem Bestreben, eine eigene SS-Wissenschaft zu schaffen, einen Kreis von Pseudo-Wissenschaftlern um sich versammelt, die ihm Anregungen und Geld für alle möglichen Forschungsarbeiten gegeben hätten.

Seine Verantwortung für die Sulfonamid-Versuche an 60 Polinnen in Ravensbrück erkennt Prof. Gebhardt an. Allerdings sei die Initiative von Reichsarzt SS Grawitz ausgegangen.

Als sein besonderes Verdienst rechne er es sich an, daß er die Versuche nicht

\*) Weltbekanntes Sportsanatorium in Brandenburg (Meniskus), im Kriege Heilstätte für Kriegsverwehrte.



### Mobilisierung der Frauen

für Demokratie und Frieden forderte der Vertreter des FDGB auf dem ersten deutschen Frauenkongreß in der Berliner Staatsoper, der durch die Alterspräsidentin Else Lüders, eine der ersten Vorkämpferinnen der deutschen Frauenbewegung, eröffnet wurde. Aus England und der Sowjet-Union trafen Glückwünsche zur Gründung des „Demokratischen Frauenbundes für Berlin und die Sowjet-Zone“ ein. Die CDU-Abgeordnete betonte, die CDU-Frauen seien durch ihre parteipolitische Arbeit so sehr beschäftigt, daß für den Frauenbund nur noch wenig Zeit überbliebe. Die Entrüstung bei den anderen weiblichen Delegierten war groß.

dem zu wenig, und mußte ganze 27 000 RM Strafe bezahlen. Er will ohne die entsprechende Bezugscheindeckung Fleisch nach dem Rheinland geliefert haben.

Zell landete noch einen gutsitzenden Schwinger: Er berichtete von dem Schlachter Buddensieck, der viele kg Fleisch zu wenig hatte, während neben seinem nagelneuen Schlachthaus ein edelverputztes Wohnhaus mit Doppelfenster und wirklichen Glasscheiben aus dem Boden wuchs. Viele Herren des Fleischergewerbes notierten den Fall. Sie notierten noch eifriger, als sie vernahmen, daß Herrn Buddensieck vom Viehwirtschaftsverband ein Moratorium zugestanden worden sei, damit er die fehlenden Bezugscheine „nachliefern“ könne. Arthur Anton Zell erblickte

Brandt machte Dr. Pflaumenbaum dafür verantwortlich, daß vor Jahresfrist keine monatliche Bestandsaufnahme bei den Großbetrieben eingeführt worden sei. Präsident Zeddis von der Landwirtschaftskammer verwahrte sich gegen den Vorwurf, daß die Bauern zu mageres Rindvieh lieferten. Eine anschließende Besichtigung eröffnete betrübliche Aspekte.

Man war sich einig, daß die bestehende Organisationsform nach Kräften gebessert werden müsse. Man war sich weiter einig, daß solch eine offene Aussprache nützlich sei. Möglichst vor Erscheinen eines „Sensations-Artikels“, meinten die Viehwirtschaftler. In diesem Punkte herrschte keine Einigkeit. Aber man schüttelte sich herzlich die Hand.

unter den von Grawitz verlangten Bedingungen durchgeführt habe. Dieser hatte „absolut kriegsgleiche Wunden“ durch Hinzuführung von Schmutz, Glassplittern usw. verlangt. „Die Sterblichkeit war minimal“, behauptete Prof. Gebhardt.

Außerdem sei den Opfern, meist zum Tode Verurteilten, so ja eine Begnadigungschance gegeben worden. Worin die Chance der Delinquenten nach Ueberleben der Experimente bestand, konnte Prof. Gebhardt allerdings nicht sagen, da er sich „in dieser Beziehung ganz auf Himmler verlassen habe“. Dagegen versuchte er seine mitangeklagten Assistenten Dr. Fischer und Dr. Gerta Oberhausen voll zu entlasten.

„Dumm und unwahr ist die Ansicht von Laien, die es als unerhörtes Verbrechen bezeichnen, wenn Menschen mit Gasbrand infiziert werden“, rief Prof. Gebhardt auf dem Höhepunkt der Verhandlung schneidend und schaute herausfordernd zu Ankläger McHaney hinüber. Gasbrand entstehe bekanntlich nur durch eine Druckverschiebung des Muskelgewebes, es könne daher nicht von Menschenquälerei gesprochen werden.

„Eine Parallele zu Himmlers Unkenntnis in medizinischen Dingen“ nannte er „die laienhafte Beurteilung der amerikanischen Anklagevertretung“. Man hätte den Eindruck, als ob eine bewußte Verschleierung der Tatsachen vorläge. Ueber den Gerichtssaal legte sich eine Spannung, wie sie seit den Vernehmungen Görings und Speers nicht mehr erlebt worden war.

Und ehe die Anklage irgend etwas erwidert hatte, bat Prof. Gebhardt in steigender Erregung um Durchführung der Wundgasbrand-Experimente unter erschwerten Bedingungen an sich selbst, „um die Ungefährlichkeit der Versuche zu beweisen“. Das Gericht zog sich zur Beratung zurück.

## So wenig Staatsmacht wie möglich

### Keine Spielart des Sozialismus

In der durch das diplomatische Tauziehen fieberhaft gereizten deutschen Atmosphäre kamen wie schon mehrmals in den letzten Monaten Abgesandte mehrerer Parteien zu zwischenparteilicher Fühlungnahme zusammen: Vertreter der SPD, der CDU und der FDP trafen sich in Braunschweig. Sogleich wurden auch die Chiefs dieser Parteien als Tagungsteilnehmer gemeldet.

Inzwischen ist sowohl die Anwesenheit Dr. Adenauers wie die Dr. Schumachers demontiert worden. Aus Köln wurde außerdem bekannt, daß der CDU-Führer der britischen Zone erkrankt sei, so daß statt seiner Herfords Oberbürgermeister Dr. Holzappel zu der Berliner Tagung der CDU-Arbeitsgemeinschaft reisen mußte.

Die CDU der britischen Zone entfaltet noch vor Einleitung des Wahlkampfes eine rege Aktivität. Nachdem Konrad Adenauer für die Zeit nach den Wahlen einen Burgfrieden zwischen den Parteien vorgeschlagen hat, erläuterte er noch am Montag vor den Wuppertaler Unternehmern das Programm, das im Landtag von Nordrhein-Westfalen mit den Stimmen der SPD durchgesetzt wurde.

Diese Entscheidung im Industriezentrum ist noch nicht endgültig. Die Haltung der FDP nach den Wahlen steht noch nicht fest, die Militärregierung hat noch nicht gesprochen und eine gesamtdeutsche Regelung liegt immerhin noch im Bereich der Möglichkeiten. Doch in privaten Gesprächen (zwischen den Requisiten des als Theaterraum dienenden Persil-Hauses) bezeichneten auch SPD-Abgeordnete die Vorschläge der CDU als klug und aussichtsreich.



Die Mitte wirbt um ihn  
Düsseldorfs Karl Arnold

Sie sollen eine neue Wirtschaftsform entwickeln, und CDU-Stimmen verwahren sich gegen die Lesart, die Landtagsvorschläge bedeuteten eine Spielart des Sozialismus, ebenso wie gegen den Vorwurf, sie dienten der Reaktion als Tarnung.

„Der Staat darf so wenig Macht haben wie möglich“, betonte Adenauer in Wuppertal. „Jede Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in einer Hand muß zum Verlust der Freiheit und zu gesteigerter Bürokratie führen.“ Adenauer, der sich gleichzeitig für eine Organisation der Unternehmer einsetzte, forderte für den Bergbau, die Eisen- und Stahlindustrie, die Groß-Chemie und sonstige Unternehmungen monopolartigen Charakters, mehr als die Hälfte der Stimmen müßten sich in Händen von Vertretern des nichtprivaten Kapitals befinden. Staat, Land, Kreis, Städte, Genossenschaften und Arbeiter gehörten dazu. Aber kein Vertreter des „nichtprivaten Kapitalismus“ dürfe mehr als 15 Prozent der Stimmen haben, und kein Vertreter des privaten Kapitals direkt oder indirekt mehr als 10 Prozent.

Adenauer prophezeite das Ende des Sozialismus, da auch dessen Gegenspieler, der Kapitalismus, tot sei.

In FDP-Kreisen spricht man davon, daß mehr als ein Leitsatz im CDU-Programm von den FDP-Fachleuten hinzugetragen worden sei. Beim Zentrum hingegen läßt man durchblicken, daß die auseinandertreibenden Strömungen innerhalb der CDU die kompromißlose Durchführung eines klaren Wirtschaftsprogramms unmöglich machen würden.

Daß Adenauer den Arbeitnehmern gewinnmäßig und im Betriebsrat mehr Einfluß gewähren will, führt man beim Zentrum auf den Einfluß der Männer um den stellvertretenden Ministerpräsidenten von Nordrhein, Karl Arnold, zurück. Das „fortschrittliche Wollen“ des langjährigen christlichen Gewerkschaftlers, der in dieser Woche seinen 47. Geburtstag begeht, wird anerkannt. Der gleichzeitige Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf erklärte in Berlin, wo er mit Gustaf Gründgens verhandelt haben soll, die Vorherrschaft des privaten Kapitals werde in Nordrhein endgültig gebrochen.

Das Zentrumsorgan „Rhein-Ruhr-Zeitung“ fordert ihn und den gleichaltrigen Sozialminister Josef Gockeln auf, mit der Reaktion zu brechen. Das neue Zentrum sei von reaktionären Einflüssen gereinigt.

## Ohne Bindestrich

### Die dänische Großmutter

Zu Gouverneur Champion de Crespigny kam Oberstleutnant Lunding aus Kopenhagen. Aus seiner Aktentasche zog er eine Eingabe der dänisch gesinnten Schleswiger. Schleswig, so heißt es darin, soll ganz von Holstein getrennt und ein eigenes Land mit eigenem Landtag, eigener Regierung und eigener Hauptstadt werden. Leitende Stellungen im Lande dürfen nur Personen bekleiden, „deren Geschlecht dem Lande nördlich der Eider entstammt.“ Die Flüchtlinge aber müssen raus. So lange sie noch da sind, können sie nur als Bürger zweiten Grades rangieren, ohne aktives und passives Wahlrecht.

Der englische Gouverneur nahm die Denkschrift zur Kenntnis. Eine Antwort im gewissen Sinne erhielt der dänische Gesandte in London, Graf Reventlow. Ihm wurde im Foreign Office mitgeteilt, daß England dem Süd-Schleswigschen Verein, Organisation der dänisch-gesinnten Schleswiger mit angeblich 80 000 Mitgliedern, die Rechte einer politischen Partei zuerkannt habe.

In Kopenhagen wurde der britische Entschluß mit Befriedigung aufgenommen. Um so mehr, als die Mission des Oberstleutnants Lunding auch in der dänischen Reichshauptstadt nicht ohne Widerspruch geblieben. Es war von einer „Briefträger“-Rolle gesprochen worden.

Die Stimme der Up-Ewig-Ungedeelten hatte gewissermaßen Pastor Dr. Muuß-Stedesand vorweggenommen. Auf der Gründungsversammlung des „Schleswig-holsteinischen Heimatbundes“ in Schleswig brachte er im Namen seiner Freunde den Vorschlag ein, den Namen ihres Landes künftig ohne Bindestrich in einem Wort zusammenzuschreiben, „um dem Gedanken der Ungeteiltheit auch nach außen hin Ausdruck zu verleihen.“

Pastor Muuß hat Erfahrung und Ruf im Streit der Stämme an der Eider. 1920 in der Abstimmungszeit gründete und leitete er das „Flensburger Tageblatt“. Er hat auch später noch, als er schon längst wieder Pfarrer in Eiderstedt und dann in Stedesand war, in Wort und Schrift für die eigenständige Kultur der Menschen auf Geest und Marsch gefochten.



Kein Preuße  
Pastor Muuß